

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Durch Nachträger 1.40 Mk. für die Woche, 4.-Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Kontokorrento, Nr. 23385
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Mittelzeile über dem Raum 0,90 Mk., darüber 1,00 Mk.
Stellen- und Wohnungsgesuche, Samstagsausgaben, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,50 Mk.
Reklame: Die 6-spaltige Zeile, halbspaltig über dem Raum, hinter Text 3.-Mk.

Ein Aufruf an die Partei.

Parteigenossen und Genossinnen!

Die Gegner des Anschlusses an die dritte Internationale haben Berge von Verdrehungen, unrichtigen Darstellungen und Unterstellungen gegen die Anhänger der dritten Internationale und die Anerkennung der „Bedingungen“ zusammengestrudelt. Die Parteipresse steht zu vier Fünfteln im Dienste der Gegner des Anschlusses; mindestens 40 Parteizeitungen unterrichten Euch einseitig und suchen mit allen Mitteln Stimmung zu machen gegen die Wahl von Parteitagdelegierten, die für den Anschluß und die Anerkennung der Bedingungen sind. Ueber die dabei betriebene niedrige persönliche Fezde, die Verleumdungen, hochnotpeinlichen Erklärungen und persönlichen Beschimpfungen gegen die Befürworter der dritten Internationale gehen wir hinweg. Wir werden Euch nur klar sagen, was wir wollen und richtigstellen, was die rechten Führer und die rechtsstehenden Parteiblätter fälschlich behaupten.

1. Die Anschlußgegner behaupten, sie seien grundsätzlich für den Anschluß an die dritte Internationale, sie wollten lediglich die Bedingungen ablehnen.

Dazu haben wir zu sagen: Während des Leipziger Parteitages lagen die Anschlußbedingungen noch nicht vor, trotzdem wandten sich damals die rechten Führer gegen den Anschluß an die dritte Internationale. Sie behaupteten damals, daß grundsätzliche Unterschiede zwischen der U. S. P. D. und der dritten Internationale beständen. Heute, wo sie nicht mehr wagen, die Grundsätze der dritten Internationale offen zu verwerfen, behaupten sie, daß nur die Bedingungen das Hindernis des Anschlusses wären. Wenn aber diese Bedingungen nicht beständen, so würden sie wieder andere Gründe vorbringen, um gegen den Anschluß zu arbeiten. In Wahrheit sind es grundsätzliche Unterschiede, die die rechten Führer zu Gegnern der dritten Internationale machen.

Auf der Reichskonferenz hat der Genosse Crispian deutlich gesagt, daß der Augenblick für die Machteroberung nicht da sei, daß es die Aufgabe der U. S. P. D. sei, die Volkswirtschaft zu kritisieren, wie es die russischen Menschewiki wünschten. Auf derselben Reichskonferenz hat der Genosse Ledebour es als eine Schustererei, als hochreaktionär bezeichnet, wenn die Linke den Gedanken aussprach, daß eine revolutionäre Regierung gegen den Ansturm der Konterrevolution und deren Weisgarbisten mit den Mitteln der Gewalt und des Terrors verteidigt werden müßte.

Die angebliche grundsätzliche Anerkennung der dritten Internationale durch die rechten Führer läuft in Wahrheit auf die Absicht hinaus, den Geist und die Grundsätze der dritten Internationale zu verfälschen im sozial-pazifistischen Sinne. Während die rechten Führer noch von ihrer grundsätzlichen Anerkennung der dritten Internationale sprechen, arbeiten sie tatsächlich schon für die Bildung einer anderen dritten Internationale.

2. Die Gegner des Anschlusses behaupten, die Befürworter des Anschlusses seien die Knechte von Moskau, die die Bedingungen durchführen wollen, nur weil es Moskau will.

Das ist falsch. Wir wollen die Bedingungen durchführen, weil uns die Verhältnisse in unserer Partei und vor allem die Sabotage der Parteibeschlüsse zur Durchführung einer strengen, zentralistischen Organisation nötigen. Wir wollen die Bedingungen anerkennen, weil sie das enthalten, was wir schon vor ihrer Formulierung als innere Notwendigkeit für die Gesundung unserer Partei erkannt haben.

3. Die Gegner der dritten Internationale beschuldigen uns, daß wir die Bedingungen zu verheimlichen, abzumischen, zu vertuschen suchen.

Wir haben dazu keinerlei Grund. Wir erklären vielmehr offen, daß in einzelnen Punkten die inneren Verhältnisse der U. S. P. D. noch stärkere organisatorische Maßnahmen erfordern. Wir wenden uns aber mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, in die Bedingungen etwas hineinzulegen, was nicht darin steht. Wir reden offen über die Bedingungen, aber die rechten Führer fürchten, daß ihre Verdrehungen aufgedeckt werden. Deshalb haben sie es abgesehen, ein Mitglied des Exekutivkomitees der dritten Internationale einzuladen.

4. Die rechten Führer und die rechtsstehende Parteipresse wollen Euch vormachen, daß nach der Durchführung der Zentralisation die Mitglieder überhaupt nichts mehr zu sagen hätten.

Das ist grundsätzlich falsch. Die zentralistische Leitung der Partei muß auf einem Parteitag gewählt werden und bleibt dem Parteitag verantwortlich. Im Rahmen dieser Verantwortung soll sie Vollmachten erhalten, wie sie im Kampf um die Durchführung der Diktatur, die staatliche Zentralinstanz, Vollmachten erhalten muß im Rahmen ihrer Verantwortung dem Parteitag gegenüber.

5. Die Gegner des Anschlusses stellen die Behauptung auf, daß die Bedingungen die Auslieferung der Parteipresse an solche Genossen forderten, die bisher schon Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands waren.

Das ist eine grobe Verdrehung, und selbst Crispian hat auf der Reichskonferenz zugestanden, daß selbstverständlich nicht Partei-Kommunisten gemeint seien, sondern Genossen, die schon bisher auf dem Boden der Grundsätze der dritten Internationale gestanden haben.

Die Bedingungen und wir wollen, daß die Parteipresse einheitlich im Geiste einer aktiven revolutionären Politik geleitet und so zu einer wahrhaftigen Waffe der Arbeiterschaft wird. Der Zustand, daß von 55 Parteizeitungen mindestens vierzig gegen die in Leipzig anerkannten Grundsätze der Partei arbeiten, soll auf diese Weise beseitigt werden.

6. Die Gegner des Anschlusses behaupten, daß von einer illegalen Organisation überhaupt nicht geredet werden dürfe, weil sonst die Behörden die Partei strafrechtlich verfolgen würden. Durch diese Bemerkung will man nur vertuschen, daß die rechten Führer die illegale Organisation bisher vernachlässigt oder sabotiert haben.

7. Die rechten Führer und die rechtsstehende Parteipresse behaupten, daß alle Mitgliedschaften, die aus Einzelbedenken gegen die Bestimmungen stammen, ausgeschlossen werden sollen.

Das ist eine bewusste Fressführung. Es heißt ausdrücklich in den Bedingungen, daß solche Parteimitglieder, die die von der kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leisätze grundsätzlich ablehnen, auszuschließen sind, d. h.: Ausgeschlossen sollen diejenigen werden, die entweder grundsätzlich gegen die Durchführung einer strengen Zentralisation und oder die sich grundsätzlich gegen die Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die gegenrevolutionäre Gewalt, oder die sich grundsätzlich gegen Klassenkampf, Diktatur und Rätelystem aussprechen, also unser Leipziger Programm bekämpfen.

8. Die Gegner des Anschlusses stellen die Behauptung auf, daß die Bedingungen von deutschen „Parteikommunisten“ veranlaßt worden seien, um die Partei zu spalten, daß sie nur für Deutschland gelten und zum Beispiel für Frankreich nicht, so daß Moskau ein Doppelspiel betreibt.

Wahr ist, daß diese Bedingungen, wie das Exekutivkomitee der 3. Internationale es ausdrücklich bestätigt, für alle Parteien gelten, sowohl für die, die der 3. Internationale bereits angeschlossen sind, wie für die, die ihr erst beitreten wollen. Sie gelten also auch für die französischen Sozialisten. Und veranlaßt sind sie durch die dauernde Bedenkllichkeit der rechten Führer und durch ihre zaudernde Politik.

9. Es wird behauptet, daß nach den Bedingungen die deutschen Arbeiter ihre Taktik nicht mehr selbst bestimmen könnten, sondern alles von Moskau diktiert erhalten würden.

In den Bedingungen heißt es in Punkt 16 ausdrücklich: „Dabei müssen selbstverständlich die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.“

Es ist also klar, daß in lebenswichtigen Fragen die Kampfbedingungen jedes Landes in Erwägung gezogen werden müssen, wie es der gemeinsame Kampf der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder gegen das gemeinsam handelnde und einheitlich geführte Kapital erfordert. Die

Autonomie der einzelnen Länder wird nur soweit eingeschränkt werden, wie es die Gemeinsamkeit des Kampfes erfordert.

10. Die Gegner des Anschlusses behaupten, durch den Anschluß an die 3. Internationale würde der Putzschismus in Deutschland gefördert.

Wahr ist vielmehr, daß der Anschluß an die 3. Internationale erfordert, daß die deutsche U. S. P. D. eine planmäßige, aktive, revolutionäre Politik betreibt, nicht wie bisher hinter den Massen herläuft, sondern den Angriff auf die Machterstellung des Gegners organisiert und wirklich führt.

11. Die rechtsstehenden Führer und die rechtsstehende Parteipresse behaupten, die 3. Internationale und die Anhänger der 3. Internationale in Deutschland wollten die deutschen Arbeiter in einen Krieg mit Frankreich treiben.

Das ist nicht wahr. Wir sagen den deutschen Arbeitern lediglich, daß der revolutionäre Kampf seine Grenzen nicht in den Verträgen der bürgerlichen Staaten findet. Unsere Aktion richtet sich gegen die deutsche Regierung und noch nicht gegen den Vertrag von Versailles. Wir sagen aber, daß wir mit der Möglichkeit eines Angriffes der französischen Imperialisten rechnen und wir uns darauf vorbereiten müssen.

12. Die Gegner des Anschlusses behaupten, wir wollten durch die Verhinderung der Munitions- und Kriegstransporte durch Deutschland einen Krieg mit Frankreich provozieren.

Das ist unwahr. Die Differenz zwischen uns und den rechten Führern in der Kontrollfrage ist, daß wir eine aktive und aggressive Politik gegen die deutsche Regierung betreiben wollen, während sie einen mit derselben deutschen Regierung geschlossenen Pakt in der Frage der Transportkontrolle dulden und billigen.

13. Die Gegner des Anschlusses behaupten, daß es eine Illusion sei, Hoffnungen auf die Weltrevolution zu setzen.

Der grundsätzliche Gegensatz ist: Die rechten Führer wollen jede revolutionäre Aktion in Deutschland von der Gestaltung der revolutionären Situation in den westlichen Ländern abhängig machen. Sie wollen die Weltrevolution nicht vorantreiben, sondern warten, bis die Weltrevolution den deutschen Arbeitern hilft, das heißt, sie wollen die Hände in den Schoß legen und nichts tun.

14. Die Gegner der 3. Internationale behaupten, die deutsche Arbeiterschaft müsse sich eher mit den englischen als mit den russischen Arbeitern zusammenschließen, da der Schwerpunkt der Revolution in England liegt.

Das ist grundsätzlich falsch. Sowjet-Rußland ist heute die stärkste Position der Weltrevolution, die deshalb durch den Zusammenschluß der deutschen und der russischen Arbeiter verteidigt und ausgebaut werden muß. Das erfordert den sofortigen Anschluß an die 3. Internationale.

15. Die rechten Führer und die rechtsstehende Parteipresse behaupten, daß die Anhänger der 3. Internationale die Partei spalten wollten.

Das ist eine pharisäische Lüge. Tatsache ist, daß die Linke der Partei bisher den Kampf um die Partei innerhalb der Partei geführt hat und daß sie nicht spalten, sondern die Parteinagmehreheit erobern will.

Dagegen steht fest, daß die rechten Führer (Robert Dittmann, Simon, Crispian) bereits auf dem Leipziger Parteitag mit der Spaltung der Partei gedroht haben, daß sie nachher gegen Parteibeschlüsse öffentlich zur Sabotage aufgefordert haben, daß sie in Berlin und im Reich bereits organisatorische Vorbereitungen zur Spaltung der Partei treffen, wenn sie auf dem Parteitag in der Minderheit verbleiben sollten. Sie fordern jetzt schon dazu auf, Mitgliederlisten und Namen nicht der Mehrheit auszuliefern.

Wer will also die Partei spalten?
16. Dieselben Pharisäer behaupten weiter, wir wollten die Gewerkschaften zerlegen.

Auch das ist eine gräßliche Unterstellung. Die 3. Internationale fordert lediglich, daß Fraktionen gebildet werden in den Gewerkschaften, um die Gewerkschaften in revolutionären eine Maßnahme, die bisher von den Mitgliedern der U. S. P. D. in der Praxis schon betrieben worden ist und bei der einer der lauffesten Säulen gegen die 3. Internationale, Robert Dittmann, vorgegangen ist. Nicht die Spaltung, sondern die Erhebung der Gewerkschaften ist unser Ziel.

Was wir wollen:

Wir wollen, daß die Partei sich bekennet zu den Grund- sätzen der 3. Internationale.

Wir wollen, daß die Partei eintritt als Glied in die Front der für die Weltrevolution kämpfenden Parteien der 3. Internationale.

Wir wollen, daß die Partei praktische Solidarität übt gegen Sowjet-Rußland nicht nur in Worten, sondern in Aktionen.

Wir wollen, daß die Partei eine entschlossene, aktive, revolutionäre Politik in Deutschland betreibt nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Wir wollen, daß die Partei offen erklärt, daß sie entschlossen ist, der gegenrevolutionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen.

Wir wollen, daß die Parteiorganisation in zentralistischem Sinne umgestellt wird, um die Partei kampfstätig zu machen für die bevorstehenden Aktionen.

Wir wollen, daß die Parteitagebeschlüsse von Leipzig in die Tat umgesetzt werden.

Wir wollen deshalb die Anerkennung der Eintritts- bedingungen in die 3. Internationale.

Für eine einheitliche, geschlossene, kampfstätige und kampfschließende revolutionäre Partei der 3. Internationale in Deutschland!

Für die deutsche, für die Weltrevolution!

Es lebe die 3. Internationale!

Grust Däumig. Walter Stöcker.

Der Bericht über die dritte Internationale.

(Fortsetzung)

II.

1. Der Wirtschaftskampf des Proletariats für die Erhöhung des Arbeitslohns und die allgemeine Besserung der Lebens- bedingungen der Arbeitermasse gerät täglich tiefer in eine Sackgasse. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die in immer aus- geprägterem Maße ein Land nach dem anderen ergreift, zeigt sogar den zurückgebliebenen Arbeitern, daß es nicht genügt, für die Erhöhung des Arbeitslohns und für die Verkürzung des Arbeitstages zu kämpfen, daß die Klasse der Kapitalisten mit jedem Tage weniger insstande ist, die Volkswirtschaft wiederherzustellen und den Arbeitern auch nur die Lebens- bedingungen zu sichern, die sie ihnen vor dem Kriege gab. Aus dieser wachsenden Erkenntnis der Arbeitermassen entspringt ihr Bestreben, Organisationen zu schaffen, die den Kampf zur Rettung der Wirtschaft durch eine Arbeiterkontrolle der Betriebsräte über die Produktion aufnehmen können. Das Streben nach der Schaffung von Betriebsräten, das die Arbeiter verschiedener Länder mit jedem Tage mehr ergreift, nimmt seinen Ausgangspunkt von den mannigfaltigsten Ur- sachen (Kampf gegen die konterrevolutionäre Bureaokratie, Entmutigung nach gewerkschaftlichen Niederlagen, Bestrebung zur Schaffung einer alle Arbeiter umfassenden Organisation), aber es mündet schließlich in den Kampf um die Kontrolle der Industrie, die besondere historische Aufgabe der Betriebs- räte. Es ist daher ein Fehler, Betriebsräte nur aus solchen Arbeitern organisieren zu wollen, die schon auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Im Gegenteil, Auf- gabe der kommunistischen Partei ist es, auf Grund der wirt- schaftlichen Zerrüttung alle Arbeiter zu organisieren und sie zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu bringen, vermittelt Erweiterung und Vertiefung des ihnen allen ver- fahlichen Kampfes für die Arbeiterkontrolle über die Produktion.

2. Diese Aufgabe wird die kommunistische Partei lösen können, wenn sie im Kampf der Betriebskomitees in den Massen die Erkenntnis vertieft, daß die planmäßige Wieder- herstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, die eine neue Unterjochung durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Klasse bedeuten würde, jetzt un- möglich ist. Eine den Interessen der Arbeitermassen ent- sprechende Organisation der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn der Staat sich in den Händen der Arbeit erlasse be- finden wird, wenn die feste Hand der Arbeiterdiktatur an die Verwirklichung des Kapitalismus und an den neuen sozialistischen Aufbau gehen wird.

3. Der Kampf der Betriebskomitees gegen den Kapitalismus hat als nächstes allgemeines Ziel die Arbeiter- kontrolle über die Produktion. Die Arbeiter eines jeden Unternehmens, eines jeden Industriezweiges können unabhängig von ihrem Beruf unter der Schutzhülle der Produktion durch die Kapitalisten, die es ihnen für vorteilhafter erachtet, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die denkbarsten Arbeitsbe- dingungen einzugehen oder um nicht neue Kapitalanlagen in die Produktion zur Zeit der allgemeinen Rezession zu machen. Der Kampf gegen diese Schutzhülle der Produktion durch die Kapitalisten verknüpft die Arbeiter unabhängig von ihrer politischen Überzeugung und daher sind die von allen Ar- beitern des betreffenden Unternehmens gewählten Betriebsräte die obersten Massenorganisationen des Proletariats. Aber die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Ergebnis nicht nur des Kampfes der Arbeiter, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des ungeschick- ten Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebs- räte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle auf den einzelnen Betrieb hinausgehen müssen, die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden bald vor der Frage einer Arbeiterkontrolle über ganze Industriezweige und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Zerfall der Arbeiter, die Vertiefung der Zerrüttung mit Kapitalisten, die Inoperabilität der Produktionszweige zu kontrollieren, die Frage nach der kapitalistischen Re- zession mit den energiegelassenen Maßnahmen gegen die Arbeiter- kontrolle verbunden werden, so führt der Kampf für die Arbeiter- kontrolle über die Produktion zum Kampf für die Befrei- erhebung der Macht durch die Arbeiterklasse.

Politische Uebersicht.

Händler-Ideale.

Auf der Tagung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels hielt der Präsident des Ver- bandes, Geheimrat Dr. Ravens, eine Ansprache, wobei er nach den Hoffnungen u. a. sagte: Einem wesentlichen Teil der Schuld an unserer miffligen Lage schob er der verfehlten Finanzpolitik zu. Die Kaufmannschaft, die keine Einwendungen gegen die bis zu 60 Prozent ansteigende Einkommensteuer gemacht habe, müsse nach wie vor das Reichsnotopfer als den Gipfel des Dilettantismus bekämpfen, da es das Betriebskapital zer- störe. Die Notenbruderei müsse endlich aufhören, allerdings müsse schon der energische Wille vorhanden sein, mit der endlosen Vermehrung des Papiergeldumlaufes endlich Schluss zu machen. Der finanziellen Schwierigkeiten können wir nicht Herr werden nur mit Hilfe der direkten Steuern; auch bei deren allergrößter Heranziehung werde ein unge- tilgter Rest bleiben, der durch indirekte Steuern auf- gebracht werden müsse. Am Schlusse seiner Ausführungen verlangte der Redner, im Gegensatz zu den Ansichten Walter Rathenaus, die völlige Wiederherstellung der freien Wirtschaft. Der freie Handel sei nicht dem organischen Aufbau unserer Wirtschaft entgegengesetzt, sondern Veruche auf dem Feingeflecht des wirtschaftlichen Ausgleichs.

Also kein Reichsnotopfer, sondern indirekte Steuern und die völlige Wiederherstellung der freien Wirtschaft. — Händler-Ideale, die ja zum großen Teil bereits in Er- füllung gegangen sind.

Hindenburg,

der intellektuelle Groß-Mörder während des imperia- listischen Krieges und Hero der Konterrevolution hat wiederum Geburtstag gehabt. Er wurde — eine Selbstverständlichkeit — zum Ehren doktor aller deutschen Hochschulen ernannt als Dank dafür, daß er während des Krieges Millionen Proletarier zur Strecke gebracht hat und jetzt antibolschewistisches Zentrum ist. Er hielt eine Geburtstagsrede und sagte u. a.: „Die Zeiten sind schwer, aber es ist mannhaft, der Gefahr ins Auge zu sehen, um mit ihr abzurechnen. Gott hat das deutsche Volk noch nicht verlassen. Viel ist uns genommen, aber Gott wird es uns wiedergeben. Eines ist uns geblieben: Unser Vaterland. An das Vaterland wollen wir uns klammern mit aller unserer Liebe, ohne Rücksicht auf die Parteiuerschiede.“

Hindenburg — Gott — das deutsche Volk noch nicht verlassen — Vaterland: Der alte faule Zauber!

Die politisch reine Sicherheitspolizei.

Einem Wachtmeister der Bremer Sicherheitspolizei war die Stellung gekündigt worden, weil er während des Reichstagswahl- kampfes, angeblich in Dienststunden, Beiträge für den rechts- sozialistischen Wahlfonds von Kameraden eingezogen und sozialistische Propagandajournale verbreitet haben soll. Seine Beschwerde wurde von der Polizeikommission des Bremer Senats zurück- gewiesen. Sie erblickt in seiner Handlungsweise einen „schweren Verstoß gegen die Dienstpflichten“, der auch nicht dadurch entschuldigt werden kann, daß er der Annahme war, daß das Kommando der Sicher- heitspolizei die Mitglieder einseitig unter Vernachlässigung der sozialistischen Tagesblätter mit Lesestoff versiehe.“

Also: die Polizeikommission muß indirekt die Tatsache zugestehen, daß die Polizeimannschaften von ihren Vorgesetzten einseitig politisch und zwar im Sinne der Reichsparteien beein- flusst wurden, maßregelt aber dennoch den Wachtmeister, der ganz mit Recht dagegen kraftvoll opponierte. Die an der offiziellen einseitigen politischen Information der Truppe schuldigen Vor- gelesenen dagegen bleiben unbeteiligt. Es ist eine recht eigen- tümliche politische Neutralität, die in den bewaffneten Gardes der kapitalistischen Republik beobachtet wird!

Austritte aus der Kirche.

Meldung: Die Gesamtzahl der Austritte aus der evang. Kirche beträgt in der Provinz Brandenburg im vorigen Jahre 80 262, wovon allein auf Berlin 41 438 kommen, auf den Regierungsbezirk Potsdam 37 914 (also nur ein geringes weniger), dagegen auf den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. nur 910. Von den Ausgetretenen haben sich nur 333 einer anderen Gemeinschaft angeschlossen, nämlich 30 der katholischen Kirche, 37 dem Judentum, 275 den verschiedenen christlichen Gemeinschaften. — Den über 80 000 Austritten stehen nur 20 449 Eintritte gegenüber.

Das kämpfende Proletariat der Welt.

England. Nach Londoner Meldung sollen in Schott- land mehr als zehntausend Bergarbeiter die Arbeit verlassen haben. Smillie, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, sei zurückgetreten. Obwohl der Sekretär der Gewerkschaft die Nachricht demontiere, sei der Abgang Smillies durchaus wahrscheinlich.

Die Versammlung der Bergleute von Südwales beschloß nach einer sehr bewegten Diskussion die Vertagung des Streiks.

Indien. Dem Ministerium für auswärtige Angelegen- heiten wird aus Bombay telegraphiert, daß in Indien Arbeiterunruhen ausgebrochen sind. Auch aus Assam (?) werden Unruhen auf einer Teeplantage mitgeteilt, wo- bei fünf Engländer, darunter der Polizeichef, schwer ver- wundet worden seien. Die Lage sei gefährlich; es seien Truppen zusammengezogen worden. — Nach einer Meldung aus Simla ist der sozialistische „Daily Herald“ in Indien verboten worden. — Die Arbeiter der Gasanstalt in Bombay haben ihre Arbeitsstellen verlassen. Die Stadt liegt im Dunkeln.

Belgien. Die durch die Gewerkschaften der Eisen- bahn-, Post-, Telephon- und Telegraphen- angelegten einberufene Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Einführung des Achtstundentages verlangt wird, widrigenfalls das Personal in den Streik treten würde.

Spanien. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft beschloß den Generalstreik. 35 000 Arbeiter feiern. Alle Fabriken und Metallschmelzen stehen still. Es arbeiten nur die zur Instandhaltung der Hochöfen unentbehrlichen Arbeiter.

Zur Weltwirtschaftskrise.

I.

England.

„Telegraf“ meldet aus London vom 3. Oktober: Die Krise im englischen Handel und in der englischen Industrie tritt schon eher ein, als man dies erwartete. Eine der größten Fabriken von Sheffield entließ gestern Tausende von Arbeitern wegen Mangels an Aufträgen. Die Fabrik steht in Verbindung mit der United Steel Corporation, einem der größten Konzerne der Welt, und man betrachtet daher dieses Ereignis als den Beginn der größten wirtschaftlichen Depression, der seit einigen Tagen bereits erwartet wird. Einer der größten Fabrikanten erklärte, daß viele andere Fabriken in Kürze gleiche Maß- nahmen treffen müßten.

In der Baumwollindustrie des Manchester Bezirkes wurde beschlossen, künftig zwei Tage in der Woche wegen Stillstandes in der Industrie zu feiern. Die Arbeiter verlangten, daß nur an einem Tage gefeiert werden sollte, aber die Arbeitgeber werden wahrscheinlich trotzdem ihren Beschluß aufrecht erhalten.

II.

Oberschlesien.

Lernowitz. Der Ortsbezirk der Schlesi- schen Arbeitervereine, die während des Krieges gegen 3000 Arbeiter beschäftigten, wird demnächst wegen Unrentabilität stillgelegt. Dem größten Teil der Beamten und Arbeiter, von denen in letzter Zeit noch gegen 500 beschäftigt wurden, ist bereits gekündigt worden.

Das ewige Defizit.

Meldung: Nach einer zuverlässigen Meldung sind im Vierteljahr Juli-September die Einnahmen der Reichseisenbahn um 1/4 Milliarden Mark geringer gewesen als die Ausgaben. Das Defizit der Post für den gleichen Zeitraum steht noch nicht fest, es soll gleich- falls über 1 Milliarde Mark betragen.

4. Die Agitation für die Betriebsräte muß so geführt werden, daß im Bewußtsein der breiteren Volksschichten, auch wenn sie nicht direkt zum Fabrikssekretariat gehören, die Überzeugung Wurzeln faßt, daß die Schuld an der Zerrüttung bei der Bourgeoisie liegt, während das Proletariat, indem es die Furchen der Arbeiterkontrolle über die Industrie ausgräbt, für die Organisation der Produktion, für die Beteiligung der Epheleten, der Desorganisation und der Zerrüttung kämpft. Aufgabe der kommunistischen Partei ist der Kampf für die Kontrolle über die Produktion auf Grund der zunehmenden Tagesfragen, auf Grund des Heizstoffmangels, auf Grund des Verfalls des Transportwesens, durch Ver- knüpfung der verschiedenen Teile des Proletariats untereinander und durch Hindurchziehen breiter Kreise der Kleinbourgeoisie auf ihre Seite, der Kleinbourgeoisie, die mit jedem Tage mehr proletarisiert wird und schließlich unter dem wirtschaftlichen Zerfall leidet.

5. Die Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen. Nur im Bereich des Kampfes können sie sich über die Rahmen einzelner Betriebe und Branchen nach Pro- duktionszweigen vereinigen, einen allgemeinen Apparat zur Leitung des ganzen Kampfes schaffen. Die Gewerkschaften sind schon jetzt zentralisierte Kampforgane, obgleich sie nicht so große Arbeitermassen umfassen wie die Betriebskomitees dies tun können, die eine allen Arbeitern des Unternehmens zugängliche feste Organisation sind. Die Erklärung der Auf- gaben unter der Betriebskomitees und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution. Die Gewerkschaften organisieren die Arbeiter- massen für den Kampf auf Grund der Forderungen von

Lohnerhöhung und Verkürzung des Arbeitstages in gesamt- staatlichem Maßstab. Die Betriebskomitees organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, umfassen alle Arbeiter der Unternehmen, aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gesamtstaatlichen Charakter annehmen. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die konterrevolutionären Tendenzen ihrer Bureaokratie überwinden, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, haben die Kommunisten das Ver- mögen, die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerks- schaften zu machen, zu unterstützen.

6. Die Aufgabe des Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie diese Auf- gabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommuni- stischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massen- organ der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Pro- letariats zum Kommunismus.

7. Indem die Kommunisten aus den Gewerkschaften und den Betriebsräten mächtige Waffen der Revolution bilden, bereiten sie diese Massenorganisationen zu der großen Aufgabe, die ihnen nach der Ausrückung der proletarischen Diktatur zufallen wird, zu der Aufgabe des Hauptelementes der Revolution des Wirtschaftslebens auf sozialistischer

Wass vor. Die Gewerkschaften als Industrieverbände ausgebaut, auf die Betriebsräte als ihre Fabriksorganisationen gestützt, werden dann die Arbeitermassen mit ihren Produktionsaufgaben bekannt machen, die erfahrensten Arbeiter zu Leitern der Betriebe ausbilden, sie werden die technischen Spezialisten unter Kontrolle nehmen und zusammen mit den Vertretern des Arbeiterstaates die Pläne der sozialistischen Wirtschaftspolitik entwerfen und durchführen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ausland und die 3. Internationale.

Frankreich. Das Komitee zum Wiederaufbau der Internationale tagte am 28. September. Zwei Resolutionen wurden abgestimmt, eine rechte (Faure, Longuet, Parvy) und eine linke (V. Louis, Renault, Tommasi). Die rechte wurde mit 26 gegen 14 Stimmen der linken Genossen angenommen. Darauf erklärten Renault und Genossen ihren Austritt aus dem Komitee und protestierten dagegen, daß an der Abstimmung Nichtmitglieder des Komitees teilgenommen haben. In dem Schreiben erklären die linken Genossen, daß sie von der Notwendigkeit des Anschlusses an die 3. Internationale überzeugt seien und daß es deshalb kein Zusammenarbeiten mit den rechten Genossen, die Gegner dieses Gedankens sind, mehr geben kann.

Orleans, 3. Oktober. Die Minderheit der französischen C. G. T. hat in einer besonderen Sitzung beschlossen, ein revolutionäres Komitee zu bilden und der dritten Moskauer Internationale beizutreten, ohne jedoch die Selbstständigkeit der französischen Gewerkschaftsbewegung aufzugeben.

England. „Daily Herald“ vom 18. September: Die Londoner Organisation der Unabhängigen Arbeiterpartei hat einen Beschluß gefaßt, der die Handlungsweise von Ramsay MacDonald, Philipp Snowden und besonders von Ethel Snowden scharf verurteilt, weil sie sich in einer Zeit der Propaganda gegen Rußland angeschlossen haben, wo die erste sozialistische Republik die stärkste Hilfe braucht.

Tschechien. Die deutschen „Sozialdemokraten“ der tschechoslowakischen Republik erklärten in der Mehrheit gegen Moskau.

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung)

I.

Das Weikenseer Ausnahmegerichtsurteil.

Am 30. Mai ging die Regierung gegen die Freikorps „energisch“ vor. Sie erließ eine Verordnung, wonach mit schwerer Zuchthausstrafe derjenige bedroht wurde, der an einem Verbande militärischer oder polizeilicher Art teilnahm. Nach dem Erlaß der Verordnung rüsteten sich die Freikorps zu einem neuen Schlag gegen die Regierung. Das frühere Freikorps Pfeffer, das offiziell aufgelöst war, brachte seine Angehörigen auf den Gütern in Mecklenburg unter der harmlosen Maske von Landarbeitern unter. Diese „Landarbeiter“ waren kompagniemäßig eingeteilt, sie hatten täglich zum Befehlsmann anzutreten, täglich an die Abteilung des Hauptmanns Pfeffer zu melden, über welche Stärke sie verfügten. Wiederholt empfingen sie von Hauptmann Pfeffer genaue Befehle, Robbierungspläne wurden aufgestellt, in denen verzeichnet war, wie der Aufmarsch gegen die Regierung erfolgen sollte.

Das Reichswehrministerium tat nichts. Die „Orgeheer“ rüstete, die offiziell aufgelösten Einwohnereinheiten wurden aktiv und stellten sich von neuem in den Dienst der Konterrevolution. Sie waren militärisch gerüstet, in Kompagnien eingeteilt, streng zentralisiert. Alle Merkmale der Ewertischen Verordnung waren vorhanden. Trotzdem erfolgte nichts. Bis man plötzlich glaubte, auf Grund der berüchtigten Verordnung die Arbeiter fassen und ins Zuchthaus werfen zu können. In den bürgerlichen Zeitungen war viel Spitzmaterial über die sogenannte „rote Armee“ verbreitet worden.

In Weikensee war am 19. August ein Sicherheitspolizist erschossen worden. Durch wen die Erschießung erfolgt ist, ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Nach den Erzählungen der letzten Jahre ist mit der starken Möglichkeit zu rechnen, daß ein Lockspiegel seine Hand zum mindesten mit dabei hatte. Allerlei Spitzmaterial über die sogenannte „rote Armee“ befand sich, wie der Prozeß gezeigt hat (Ausgabe des Leiters der politischen Polizei, Regierungsrat Weiß) schon seit Monaten in den Händen der Behörde.

24 Arbeiter, durchweg der kommunistischen Arbeiterpartei angehörig, wurden verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Sieben Tage tagte im Kriminalgericht ein außerordentliches Gericht, gebildet aus zwei Richtern und drei Richtern.

Die bürgerlichen Zeitungen frohlockten, der Regierung war es durch „energisches Vorgehen“ gelungen, die radikalen Führer der „Roten Armee“ festzunehmen. Und was ergab der Prozeß? Bereits am dritten Verhandlungstage mußte ein großer Teil der Angeklagten mangels dringenden Tatverdachts aus der Haftentlassung werden. Am vierten Verhandlungstage erfolgten neue Haftentlassungen, ebenso am fünften Tage. Und schließlich wurden nach der Beendigung des Urteils auch die letzten Angeklagten, mit Ausnahme von Michaelis, aus der Haft entlassen. Das ganze Anlagegebäude der Staatsanwaltschaft war restlos zusammengebrochen. Nicht der geringste Nachweis, daß es eine „rote Armee“ gibt, war im Prozeß geführt worden. Einer der Hauptangeklagten, Falk, hatte, gefügig gemacht durch Gummelbraten und Schweinebrotletzen, die Mitangeklagten beauftragt und ungeheuerliche Phantasieprodukte über das Weikenseer und die Organisation einer „Roten Armee“ zu Protokoll des vernehmenden Polizeibeamten gegeben. In der Verhandlung widerrief der Angeklagte Wort für Wort seiner früheren Aussage und erklärte, daß die Polizeibeamten ihm alle diese Dinge eingeredet hätten und daß er die Angeklagten, die von ihm beauftragt waren, überhaupt nicht gekannt hätte.

Der andere Angeklagte, auf dem die Staatsanwaltschaft ihren Anlagebau gestützt hatte, war Krüger, der durch einen Schuß eines Sicherheitspolizisten schwer verletzt war und nur auf einer Krankenbahn den Verhandlungen beiwohnen konnte. Er erklärte, daß er, von wahnwitzigen Schreien gepeinigt, alles, was der vernehmende Polizeibeamte hören wollte, ausgesagt hätte, nur um endlich der Tortur zu entgehen und wieder auf sein Krankenlager zu kommen.

Das war das ganze Material, auf das die Staatsanwaltschaft sich gestützt hatte.

Dadurch, daß die beiden Angeklagten ihre früheren polizeilichen Aussagen widerriefen und dadurch, daß der Sachverständige, Medizinalrat Leppmann, Falk ausdrücklich als pathologischer Lügner bezeichnete, war der Anlage jeder Boden entzogen. Es ist unverständlich, wie das Gericht trotzdem auf Grund der früheren polizeilichen Aussagen des Krüger zu einer Verurteilung eines Teiles der Angeklagten kommen konnte.

II.

In Regensburg wollte die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsschädigten eine Kundgebung veranstalten, die aber von dem Regierungspräsidenten verboten wurde. Als dennoch Mitglieder sich zur Demonstration sammelten, führten vier Tanks auf, um die Demonstranten zu zerstreuen. Um das Präsidialgebäude waren Drahtverhaue gezogen. Außerdem waren Tafeln aufgestellt mit der bekannten Aufschrift: „Wer weiter geht, wird erschossen.“ Eine Unterredung mit dem Landespräsidenten wurde abgelehnt. Nur der Zurückhaltung der Kriegsschädigten ist es zu verdanken, daß ein Blutbad vermieden wurde.

So dankt das Vaterland seinen Söhnen, die in hundert Schlachten Leben und Gesundheit eingesetzt haben, während sich zu Hause Schieber und Händler an Kriegsgewinnen gemästet haben. Wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, haben am darauffolgenden Tage die an der Demonstration beteiligten Kriegsschädigten ihre Kriegsauszeichnungen in einem Paket dem Landespräsidenten zugesandt. Das ist auch eine Antwort, aber nicht die letzte.

III.

Immer enger knüpft die Konterrevolution die Mägen ihres Klebes. Uns liegt eine 27 Seiten starke, vom Garnison-Kommando Salzwedel ausgearbeitete Denkschrift für Verhalten bei inneren Unruhen vor, deren Charakter am besten gekennzeichnet wird durch den Punkt 8 ihres Abzuges II: Militärmassnahmen für Unruhen. Dort stehen als Forderung für Unterführer die kategorischen Pflichten aufgeführt: Keine Lauheit! Kraftvoll durchgreifen! Kein Verhandeln! Entweder — oder! Besonders interessant wird dieses Dokument durch eine beigelegte Liste von Persönlichkeiten, die gegebenenfalls (!) zu verhaften sind. Obgleich die Namen der zu Verhaftenden lediglich in dem, dem Garnisonkommando zugestellten Exemplare dieser famosen Denkschrift aufgeführt sind, so geht aus dem ganzen Inhalt dieser Akten hervor, daß es sich hierbei um niemand anders handeln kann, als um unsere Genossen Dickmann, die beiden K. P. Genossen Spiegel und Eggert und einen Briefträger Spreckel, die wegen ihrer propagandistischen Tätigkeit den militärischen Gewaltgehabern der Provinz Sachsen besonders unangenehm sind.

(Die Chronik wird fortgesetzt.)

Katholizismus und Kriminalität.

Eifriger als je zuvor wird insbesondere von katholischer Seite der christliche Glaube als Schutzmittel gegen alle Verderbtheit der Gegenwart angepriesen. Dabei hat gerade die katholische Kirche am allerwenigsten Veranlassung, sich als sittenrettende Allmacht aufzuspielen. Es ist doch noch nicht vergessen, daß sich vor dem Kriege der katholische Volksteil allenthalben durch eine besonders hohe Kriminalität auszeichnete. Nach der Volkszählung von 1910 wurde in Preußen festgestellt, daß unter je 100000 strafmündigen Evangelischen 1094 Bestrafte waren, dagegen unter der gleichen Zahl Katholiken 1443, unter den Juden 1128 und unter den „sonstigen Christen“ (Dissidenten eingeschlossen) gar nur 561. In Holland kamen von 1901—1909 auf 100000 Katholiken 127 Bestrafte, auf die gleiche Zahl Protestanten nur 809, auf die Juden 213 und auf die Konfessionslosen nur 84. Zahlreiche andere statistische Ermittlungen haben dasselbe Bild ergeben. Der katholische Pfarrer Dr. Beerz wußte dazu in der „Katholischen Volkszeitung“ Ende 1913 einschlagend nur zu sagen, „daß die Katholiken zum Teil wenigstens darum in der Kriminalstatistik schlecht abschneiden, weil sie dem Alkoholismus verhältnismäßig viel verfallen sind“. Das letztere dürfte nicht unzutreffend sein; es ist aber mitverschuldet durch gewissenlose geistliche Leiter von katholischen Arbeitervereinen, die Versammlungen vielfach durch Freibierauschank „zugkräftig“ machten. Die Folgen solcher Gewöhnung traten u. a. bei der Thronbesteigung Ludwig III. von Bayern darin zu Tage, daß ein katholischer Männer- und Arbeiterverein „die Zumutung des Ministeriums des Innern, die Halbtagssfeier ohne Bierauschank zu veranstalten“, als „Schmach“ bezeichnete, die seinen „Anmut zum Schaden gebracht“ habe.

Kapitalistische Wirtschaft.

Riesengewinne in Amerika.

Handelsmeldung: Die Standard Oil Co. of New-Jersey, die Hauptgesellschaft des Oeltrusts, von dem nach der durch den Obersten Gerichtshof angeordneten Auflösung eine Reihe von Untergesellschaften abgetrennt wurde, weist für das Jahr 1919 nach Abzug der Kosten und Steuern einen Ueberschuß von 77 885 684 Dollars (1918: 58 109 919 Dollars) resp. 77,55 % (59,09 %) auf das Stammkapital aus. Der Reingewinn der International Mercantile Marine Co. die früher gewöhnlich als Morganischer Dampfertrust bezeichnet wurde, belief sich für das Jahr 1919 nach Abzug der Steuern, Bondszinsen und Abschreibungen nach einem vorläufigen Bericht auf 17 600 965

(1918: 11 498 076) Dollars. Am 2. August werden 50% Dividende auf die Vorzugsaktien zahlbar, wodurch sich die rückständigen Dividenden von 47 auf 42 % ermäßigen. Gleichzeitig gelangte die regelmäßige 3 %ige Halbjahrsdividende für die Vorzugsaktien zur Auszahlung. — Die W. A. C. U. M. D. I. L. Co. eine Untergesellschaft des Standard Oil Trust, weist nach Abzug aller Kosten und Steuern für das Jahr 1919 einen Reingewinn von 8 112 777 (4 911 851) Dollars aus, resp. 54 % (32,7 %) auf das ausständige Kapital von 15 Mill. Dollars.

Kapitalistischer Widsinn.

Auf Grund der bisherigen Veröffentlichungen über die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Argentinien berichtet das „Argentinische Tageblatt“: Der Ausfuhrwert für Weizen, Mais, Lein und Hafer in dem ersten Halbjahr 1920 kann auf mehr als 2000 Mill. Pesos beziffert werden. In runden Ziffern ausgedrückt sind vom 1. Januar bis 30. Juni d. Js. ausgeführt worden: an Weizen 4 Mill. To., Mais 2 Mill., Lein 600 000 und Hafer 600 000 To. Das zu kommt eine beträchtliche Ausfuhr viehwirtschaftlicher Produkte. Nimmt man als Durchschnittspreis an für Weizen 20 Pesos, Mais 10 Pesos, Lein 25 Pesos und Hafer 10 Pesos für die Tonne, so ergibt das zusammen einen Wert von 1180 Pesos. Ueber 700 Mill. sind auf die Ausfuhr von viehwirtschaftlicher Produkten mindestens zu berechnen. „Gewiß ein erfreuliches Bild“, sagt das genannte Blatt, „wenn nicht die Schattenseite wäre, daß im Lande des Ueberflusses an Lebensmittelprodukten die Lebensmittelteuerung eine bedauerlich bedrohliche Form angenommen hätte, daß sie zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt.“

Krise in Kanada.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ vom 1. Oktober schreibt zur wirtschaftlichen Lage in Kanada: Bei einzelnen Waren, so in der Schuh- und Lederindustrie, hat ein erheblicher Preisniedergang eingetreten, ohne daß dieser zur Wiederbelebung des Geschäfts wesentlich beiträgt. Weitere Preisermäßigungen verbieten die hohen Rohstoffpreise. Diese sind z. B. in der Häuserbaubranche so bedeutend, daß diese Industrie gegenwärtig völlig stillliegt und man mit einem empfindlichen Wohnungsmangel rechnen muß. Feld ist außerordentlich schwer erhältlich, so daß die Tendenz besteht, Feld im freien Markt unter Umgehung der Banken aufzunehmen. Zahlungseinstellungen größeren Umfangs sind hingegen noch nicht zu verzeichnen, und die Stimmung in den leitenden Geschäftskreisen Kanadas ist im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich optimistischer, als dies z. B. in England der Fall ist. Nur in bezug auf die Belieferung des Landes mit Kohlen in diesem Winter machen sich vielerorts Sorgen geltend.

Aus der Partei.

An die Parteitag-Delegierten (Reich).

Der Halleche Parteivorstand bittet um Veröffentlichung nachstehender Mitteilung: Alle Delegierten zum Parteitag in Halle wollen unverzüglich ihre Adressen und Wünsche in Bezug auf Unterkunft und Verpflegung dem Vorsitzenden der Lokalkommission, Genossen Karl Kaiwand, Halle a/S., Harz 42—44, mitteilen.

Zu Ehren des Parteitages veranstaltet die Halleche Parteioorganisation am 11. Oktober einen Begrüßungsabend in künstlerischer Ausgestaltung, dessen Programm aus musikalischen, gesanglichen und rezitatrischen Darbietungen bestehen wird. Die Veranstaltung findet im Volkspark, dem Parteitagstempel, statt.

Um Moskau.

Kreisversammlung Oberfranken: 70 Stimmen gegen und 19 Stimmen für. Neuenburg-Weikenseer-Zeitg.: 72 Stimmen gegen und 49 Stimmen für. Freiburg (Schl.): Gegen 2 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 23. September im „Buchwald“, Freiburg, tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der U. S. P. D. fordert vom Parteitag unter voller Anerkennung der 21 Punkte des fortgesetzten Aufschusses an die 3. Internationale. Sie erkennt in den auf dem Kongreß aufgestellten politischen Leitlinien die Voraussetzung des Weiterlebens der sozialen Weltrevolution und eine wirksame Bekämpfung des internationalen Kapitalismus.

Parteitag in Württemberg.

Auf der Landesversammlung der U. S. P. Württembergs, die Sonnabend und Sonntag in Cannstadt stattfand, wurde die Spaltung der Partei vollzogen. Nach stürmischer Debatte über den schließlich angenommenen Antrag der Anhänger der Moskauer Bedingungen, den Landesvorstand neu zu wählen, verließen etwa 70 Delegierte den Verhandlungsaal, während die Anhänger Moskaus, 170 Delegierte, weitertagten. Während Stöcker über die dritte Internationale referierte, schlug ein Versuch, Crispian, der mit der Minderheit gegangen war, zur Erstattung seines Referates zu bewegen, fehl. Die Minderheit tagte in einem anderen Lokal und erließ eine Kundgebung, in der sie sich als die rechtmäßige U. S. P. Württembergs erklärte, und dem bisherigen Landesvorstand das Vertrauen aussprach.

Urabstimmung Moskau.

	für	gegen
Berlin (ohne 8. Distrikt)	13 849	12 505
Teltow-Bestow-Charlottenburg	6 050	5 420
Potsdam 4	5 176	3 719
Magdeburg (vorläufig)	655	601
Bremen	485	2 304
Leipzig (Teil)	7 789	11 876
Blauen (Bezirk)	362	1 119
Frankfurt a. M.	1 109	1 024
Mannheim (vorläufig)	700	590
	36 176	39 065

In die Bezirksparteitags-Delegierten (Schlesien).

Das Parteilokal, Nikolaistraße 49/50, ist (vom Hauptbahnhof Linie 6 bis Königsplatz) in der Nacht vom Sonntag zum Montag geöffnet. Die Quartiere werden dort angewiesen.

Mit-Besitz. In der am 3. Oktober tagenden Mitglieder-versammlung der Ortsgruppe Mit-Besitz wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute hier tagende Mitglieder-versammlung tritt für den unbedingten Anschluss an die dritte Internationale ein und hält die Bedingungen für unbedingt notwendig, um erstmalig das deutsche Proletariat vor Situationen ähnlich der von 1914 zu bewahren und von der Ueberzeugung durchdrängen, daß der Sieg des Proletariats nur unter den von Wreslau gestellten 21 Punkten erreicht werden kann und fordert, daß besonders Punkt 4 des Statutes zur Durchführung gelangt.

Gannau (Schles.). Die Ortsgruppe beschloß in der letzten stark besuchten Mitglieder-versammlung gegen eine Stimme den unbedingten Anschluss an die 3. Internationale.

Aus der Provinz.

Achtung! Bezirksparteitags-Delegierte.

Die Bezirksleitung steht Lubinski Aufbruch völlig fern und misshandelt ihn aufs Schärfste. Die Bezirksleitung. J. L. Schirdewahn.

Volles.

Breslau, den 6. Oktober.

„Ruffische Rubel.“

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der letzten Sonnabendnummer sah ich das Schmutzblatt in der Graupenstraße bemerkt, keine Wort darüber, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, statt, wie man erwartete, auszugehen, nunmehr täglich herauskommt, in Gestalt eines Artikels von sich zu geben, der — das müssen wir offen gehen — an Gemeinheit, Verlogenheit und Niedertracht einfach unübertrefflich ist.

Wir würden es ablehnen, auf diese Schmutzereien näher einzugehen und auf das Niveau des Graupenstraßen-Gesindel herabzusetzen, wenn wir es nicht der Breslauer Arbeiterschaft schuldig wären, die Tatsachen festzustellen, um Legendenbildungen entgegenzutreten.

Es ist bezeichnend, daß die Schreiber der „Volkswacht“ (Redakteur kann man das Wort wohl kaum nennen) erst Inge-lung von russischem Geld faßelten, um uns die Behörden auf den Hals zu heben; das zieht nun nicht mehr, da der gesunde Sinn der Breslauer Arbeiter diese abstrusen Unter-sellungen ablehnt. Wir stellen hiermit fest:

Zu Punkt 1: Es ist nicht wahr, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ infolge der „selbstamen“ Geschäftsführung der Genossen Damelang und Edert 102 000 Mark Unter-schlag hat oder hatte.

Zu Punkt 2: Es ist nicht wahr, daß die Genossen Markas, Edert und Gruschwitz „mit leinem Draht“ Gelder geborgt haben.

Zu Punkt 3: Es ist nicht wahr, daß der Aufsichtsrat die Genossenschaft in die Hände von „Genossen“ spielen wollte, die durch merkwürdige Geschäfte Geld verdient haben. Solche Genossen besitzt bekanntlich nur die S. P. D. (siehe Farnus, Elmar usw.).

Zu Punkt 4: Die vier angeführten Genossen sind nicht solche in Anführungsstrichen, wie sie die „Volkswacht“ nennt, im Gegenteil: mit einer einzigen Ausnahme sind die namentlich angeführten Genossen solche, auf die auch nicht ein Staubchen an Ehrenrührigem fällt — der eine aber, der sich nicht als Klassenbewußter Sozialist erwiesen hat, ist eine ehemalige Leuchte der S. P. D. und reißt sich damit den Voigt, Seybold, Winzig, Koste, Heine usw., sowie dem Schmier-finken der „Volkswacht“ würdig an.

Im übrigen sind die genannten Summen erfunden und erlogen, genau wie der Punkt 5.

Punkt 6 bezieht sich auf den „Genossen“, den wir von der S. P. D. bezogen haben und den wir ihr dankend zurück-reichen.

Zu Punkt 7: Die Genossen Ziegler und Gruschwitz sind tatsächlich Bundesbrüder aller anständigen Sozialisten und deshalb natürlich auch der im Artikel namentlich ge-nannten drei Genossen. Sie würden aber die Bundesgenossen-schaft der „Volkswacht“-Spender dankend ablehnen.

Zu Punkt 8: Wir haben Gelder der Zentrale nicht nötig — im übrigen geht unser Verhalten zur Zentrale die „Volkswacht“ gar nichts an.

Zu Punkt 9 steht uns das Andenken des Genossen Schottlaenders viel zu hoch, um es in einer Kontroverse mit der „Volkswacht“ zu beschmutzen.

Die „Volkswacht“ schreibt, daß sie die Arbeiterschaft vor uns warnt. Das glauben wir ihr gern; doch die Bres-lauer Arbeiter lassen sich heute nicht mehr von der „Volkswächtern“ wie mit dem schwarzen Mann mit russischem oder Kapitalistengelde schrecken, sondern sehen, daß die „Volkswacht“ außerstande ist, sachlich uns entgegenzutreten. Sie erseht ihre geistliche Unfähigkeit durch Frechheit und Gemein-heit und darin überlassen wir ihr gern den Vorrang!

Damelang, M. Gruschwitz, Edert.

Techniker-Rundgebung.

Wie uns mitgeteilt wird, versucht die christlich-deutschnatio-nale Technikerschaft, die sich bisher an verschiedenen Orten des Reiches schon abgemüht hat, Sonder-Organisationen zu bilden, auch in Breslau Fuß zu fassen. Daß dagegen die Einheits-Organisation der technischen Angestellten Deutschlands, „der Bund der technischen Angestellten und Beamten“, Front macht, war zu erwarten.

Zu diesem Zwecke findet am Freitag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus „Bratislawia“, Mauritiusplatz, eine große öffentliche Versammlung des Bundes der technischen An-gestellten und Beamten statt, in der der Gauleiter von Schlesien, Herr Ingenieur Wenzel, Rattowitz, über die Zerpfitterer in der Techniker-Bewegung sprechen wird. Da es in dieser Versamm-lung mit aller Wahrscheinlichkeit zu grundsätzlichen Auseinander-setzungen mit den Anhängern der neuen Zerpfitterungs-Bewegung kommen wird, seien alle technischen Angestellten, sowie auch die übrigen freigewerkschaftlich organisierten Angestellten auf diese Rundgebung aufmerksam gemacht.

Der Distrikt 12 (Steinauer Str. 2)

veranstaltete am vergangenen Donnerstag einen interessanten Unterhaltungsabend. Genosse Löwenthal hielt ein lehrreiches Referat über die Vertreter des utopischen Sozialismus im Anfang des 19. Jahrhunderts. Einige Genossen lasen Novellen und revolutionäre Dichtungen vor, die großen Anklang fanden. Diesen Donnerstag hielt Genosse Löwenthal sein Referat fort und spricht über die Vertreter des marxistischen Sozialismus. Kein Genosse des Distrikts sollte sich diese interessanten Ausführungen entgehen lassen.

Achtung! Arbeiter!

Wer bisher annahm, daß ein „Arbeiter“ im Bres-lauer Adressbuch im Gemeinerverzeichnis eben'so gut zu finden ist, wie jeder andere, wird sehr verwundert sein, zu erfahren, daß dies seit einigen Jahren nicht mehr der Fall ist.

Nur eigennützige Gründe können den Adressbuch-Verlag, da er hier konkurrenzlos ist, veranlaßt haben, das Adressbuch in seinem Werte nach und nach herabzumindern, wenn die Hälfte der Einwohnerschaft weggelassen wird. Ohne Zweifel können vielen Mitbürgern auf diese Weise Nachteile entstehen, wenn sie von auswärtigen Freunden oder von der Post oder von einer Arbeitsstelle gesucht und nicht gefunden werden. Der Adressbuch-Verlag hat scheinbar kein Interesse an der Vollständigkeit des Buches nach dieser Richtung hin, mehr aber an der Ausbeute durch Inserate pp.!. Aber auch die Bezahler des Breslauer Adressbuches sollen es sich vorher überlegen, ob sie wieder ein unvollständiges Nachschlagebuch 1921 erwerben oder die Bezahlung davon abhängig machen, daß das Adressbuch wieder in der Vollständigkeit von früher erscheint. Die Wahrnehmung habe ich gemacht, wenn ein Arbeiter in der Adressbuchliste seinen Beruf näher bezeichnet z. B. Eisenbahnarbeiter oder Dreher, Formier u. dergl. daß er dann Glück hatte, in das Adressbuch aufgenommen zu werden. Ich empfehle auch in diesem Falle Solidarität, d. h. der Adressbuch-Verlag muß gezwungen werden, ein voll-ständiges Einwohnerverzeichnis zu bringen und dies in den Zeitungen halb vorher bekannt zu geben oder es unterbleibt die Ausfüllung der Hauslisten ganz und gar. E. S.

Radrennen Grüneiche.

Wohltätigkeitsrennen zu Gunsten der Grewo-Spende.

Allegemeinereitschaft von Breslau für Berufsjahre: 1. J. Meier, 58 Punkte in 3:33. 2. Stephan, 2 Längen, 54 Punkte. 3. Hübler, 38 Punkte. 4. Hoffmann, 15 Punkte.

Enschädigungsfahren. 1. E. Seja, 45 Punkte. 2. Wä-nner, 33 Punkte. 3. Ogiemann, 29 Punkte. 4. Schneider, 25 Punkte. Vorgabefahren für Berufsjahre. 1. Meier, 3:39 (9). 2. Stephan (10). 3. Hübler (20). 4. Hoffmann (30).

Meisterschaft für Serrenfahrer über 1 Kilometer. 1. Heidenreich 2:52. 2. Knappe 1/2 Länge. 3. Nickel 4 Längen. Meisterschaft für Serrenfahrer über 10 Kilometer. 1. Kohl 15:12. 2. Heidenreich 1/2 Länge. 3. Nickel 1/2 Länge. 4. Dittmann 1/2 Länge. 5. Jessel.

Stecher-Meisterschaft von Breslau über 50 Kilometer. 1. W. Bendjas, 51 Punkte. 2. Roenberger, 47 Punkte. 3. Schubert, 25 Punkte. 4. Weber, 19 Punkte.

Die Punktverteilung ergibt sich durch 19, im Laufe des Jahres gefahrene Rennen. Die Rückstände der Punkte bei Schubert und Weber sind bei ersterem auf öfteres Starten auf anderen Bahnen, bei letzterem auf Aufnahme des Stecherports in Mitte der Saison zurückzuführen.

Literatur.

Die schaffende Frau

füllt seit ihrem Erscheinen — sie tritt mit dem uns vorliegenden Heft 13 in den zweiten Jahrgang — eine große Lücke in der Zeitschriftenliteratur aus, denn sie wolle im Gegensatz zu bürger-lichen Moden- und Frauenblättern für die Spalten des belehrenden und unterhaltenden Leses die freirechtliche Tendenz und stellt sich auf den Boden des Sozialismus.

Neben dem Text, der Auskunft gibt über die vielen brennenden Fragen der Gegenwart, enthält die „Schaffende Frau“ einen vor-züglichen Modenteil mit schönen, praktischen Vorlagen für Kleider und Wäsche. Aus diesem Grunde sollten alle unsere Genossinnen an Stelle der bürgerlichen Modenzeitsungen mit ihrem reaktionären und verdummenden Text, die „Schaffen-de Frau“ wählen, die in Zukunft in keinem Arbeiterhaushalte fehlen sollte.

Die „Schaffende Frau“ erscheint monatlich und kostet wien-teljährlich 4,80 Mk. ohne Schnittmusterbogen, 7,50 Mk. mit reich-haltigem Schnittmusterbogen. Man abonniert bei der Post, beim Verlag „Die schaffende Frau“ in Dresden-N. 19, und auch bei unjeren parteipolitischen Buchhandlungen.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Provinzielles: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunitz; für Inserate Fritz Ulbrich. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater. Mittwoch 7 Uhr. Wenn ich König wär. Jobst-Oper. Mittwoch 7 1/2 Uhr. Resnerhofen. Chalk-Oper. Mittwoch 7 1/2 Uhr. Fausttag. Schauspielhaus. Opernhaus. Mittwoch 7 1/2 Uhr. Die Kaiserin. Donnerstag 7 1/2 Uhr. Der Eigenerrichter. Samstag und Sonntag 7 1/2 Uhr. Die Frau im Hermelin. Sonntag und Montag 7 1/2 Uhr. Drei alle Schönen.

Die Internationale! Das ge-wichtigste Volks-schauspiel für Schulen eine Erziehung, lehrreich, abendlich lau-fende i. Gebilde des Zirkus Busch täglich abends 8 Uhr.

Schießwender Ab 4. Oktober und folgende Tage täglich 8 Uhr abends der ganze Saal stilles- und Anstaltungsstück in 5 großen Akten von Walter Howard und Siegfried v. Lütz. Künsterliche Leitung: Otto Koppfner. Kommerziell 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Vorkauf: Verlegerische Bureau und Schießwender. Preise der Plätze: Reserviert 4,50, Sperrsitz 4,00, 2. Platz 3,00, 3. Platz 2,00, Sitzplatz 1,50 (inkl. Steuer). Ab Montag, den 5. Oktober, nachmittags 7 1/2 Uhr und folgende Tage. Grosse Schal- u. Jugendvorstellung. an beiden Abenden. Erwachsene: Absonderl. Sitze nach Anzeigegeldern.

Pelz-Muffen Pelz-Schals Pelzhüte Sportpelze Pelzvorleger aller Art Pelzmodehaus Paul Schorsch & Co. BRESLAU 1 Junkerstrasse Nr. 22-24 Ecke Schweidnitzer Strasse.

Donnerstag, den 7. Oktober, 6 Uhr Sitzung des Ortsrates. Alle Ortsratsmitglieder werden ersucht zu erscheinen. Der Obmann. Distrikt 3a, Kleitschanstraße 16. Laut Beschluß vom letzten Distriktsabend haben unsere Distrikt sabende alle Donnerstage nach den 1. und 15. jeden Monats statt. Diese Woche Distrikt abend. Der Distriktsführer.

LIEBICH-Theater Täglich 7 1/2 Uhr. 12 Mirak-lionen der Schick-Programme, u. a. HERT RIBER. Neue Preise.

St. Hubertus. Was erfindet? Die Schöne und die Blinde. Einmalige Aufführung. Sonntag 7 1/2 Uhr. Uhr.

Frauen-Periodenlösung. Achtung! Wo? Bei H. Kluge. Gummiswaren. Jun A. Gebauer. H. Klose.

Möbel L. Rosner. Kranke. Inserate größten Erfolg. Frauen-Versammlung. Aufsichtsrats-Sitzung.

Achtung! Techniker von Breslau und Umgegend. Die Zerpfitterer in der Techniker-Bewegung sind am Werke. Sie wollen auch hier in Breslau Bee-wirkung in die freigewerkschaftlich organisierten Techniker bringen. Dem müssen wir uns mit allen Kräften widersetzen. Wir laden Sie daher zu einer am Freitag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus „Bratislawia“, Mauritiusplatz stattfindenden öffentlichen Rundgebung ein. Referent: Ingenieur Wenzel, Rattowitz, Gauleiter von Schlesien des Bundes der techni-schen Angestellten und Beamten. Thema: Die Zerpfitterer in der Technikerbewegung. Nach dem Vortrage freie Aussprache. Alle Ange-stellten haben Zutritt. Techniker erscheint in Waffentanz der technischen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Breslau. Der Hauptvorstand. Central-Ball-Saal (Deutscher Kronprinz) A. Hahn Westendstrasse 50/52, Strassenbahnlinie 1 u. 2. Jeden Mittwoch und Sonntag Grosser Tanz.